



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin
Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1351

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 07. November 2012

Bericht aus Berlin 12/2012

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

„Schachern, Schummeln, Schönreden“ - die Medien nennen das, was der **Koalitionsausschuss** vom Wochenende geboten hat, unmissverständlich beim Namen. Es war Merkels Wahlgeschenke-Basar, auf dem jeder etwas nach Hause tragen sollte: Die CSU das Betreuungsgeld, die FDP die Praxisgebühr, bezahlt mit dem Griff in die Sozialkassen und in die Investitionsreserve der KfW. So bedient sich Schwarz-Gelb an der Substanz unseres Landes. Diese Koalition ist einfach unfähig, Weichen für die Zukunft Deutschlands zu stellen.

Nach dem Kuhhandel um das **Betreuungsgeld** entscheidet nun der Bundestag, ob die „Fernhalteprämie“ kommt. Eine neue Transferzahlung des Staates, die eine Prämie darauf aussetzt, dass Frauen dem Beruf und Kinder der Bildung fernbleiben. Die wohl größte Ignoranz gegenüber dem demografischen Wandel, die unser Land jemals erlebt hat. Experten schätzen die Kosten ab 2014 auf 2 Milliarden Euro. Damit könnten wir 166.000 neue Kitaplätze schaffen. Zu Recht haben auch Kabinettsmitglieder und Abgeordnete der Regierungsfractionen von einer bildungspolitischen Katastrophe gesprochen.

Restlos irre wird es doch, wenn heute FDP-Leute ankündigen, das Betreuungsgeld wieder abschaffen zu wollen, wo sie es noch selbst in der Hand haben, dass es gar nicht erst eingeführt wird.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Deshalb gilt: Wer dem Irrsinn trotzdem im Bundestag zustimmt, soll sich vor dem Wähler rechtfertigen. Wir wollen Klarheit und Wahrheit durch eine namentliche Abstimmung des Parlaments.

Die **Haushaltspolitik** von Schwarz-Gelb grenzt an Betrug. Mehr als sieben Milliarden werden vom Gesundheitsfonds und der Kreditanstalt für Wiederaufbau in den Bundeshaushalt geschoben, um die Löcher zu stopfen. So machen es die Hütchenspieler. Acht Monate Vorbereitungszeit haben für das Kanzleramt nicht gereicht, um sicherzustellen, dass beim Koalitionsausschuss der Finanzminister anwesend ist. Er saß gar nicht am Tisch, als Merkel die Milliardengeschenke an die Koalitionsparteien verteilt hat. Gleichwohl ist auch Schäuble verantwortlich für den typisch konservativen Griff in die Sozialkassen, um damit Klientelpolitik zu machen: Die Arbeitsmarktpolitik hat Schwarz-Gelb schon geplündert. Jetzt sollen 6,5 Milliarden Euro dem Gesundheitsfonds entzogen werden. Und das in einer Phase, in der sich der Konjunkturmorgen verdunkelt. Kommt es zum Abschwung, müssen sich die Krankenkassen das fehlende Geld über Kopfpauschalen von den gesetzlich Versicherten wiederholen.

Damit nicht genug: Auch die KfW soll bluten. Nachdem sich Schwarz-Gelb schon bei der Bahn bedient hat, die eine halbe Milliarde an den Bundeshaushalt abführen muss, soll jetzt die Investitionsbank eine Milliarde Euro jährlich für Merkels Wahlgeschenke-Basar abliefern. Die KfW ist eine Förderbank, die nicht nur Bundesprogramme wie die CO₂-Gebäudesanierung abwickelt, sondern aus ihren Reserven auch eigene Investitionsprogramme fährt. So hat sie, nachdem Schwarz-Gelb den altersgerechten Wohnungsumbau komplett gestrichen hat, dieses Zukunftsprogramm der Demografie-Vorsorge aus eigenen Erträgen ohne Bundeszuschuss weitergeführt. Dass Merkel sich jetzt bei diesen Investitionen bedient, um Transferzahlungen wie das Betreuungsgeld zu finanzieren, heißt: Politik von gestern zu Lasten der Investitionen für morgen. Zukunft bezahlt Vergangenheit.

In der **Rentenpolitik** hat die Koalition nur eines beschlossen: Ursula von der Leyens Modell einer „Zuschussrente“ ist endgültig beerdigt. Eine Grundabsicherung von 850 Euro für langjährig Versicherte will Merkel nicht. Was jetzt im orwellschen Neusprech „Leistungsrente“ heißt, wird weder Lebensleistung anerkennen noch Altersarmut verhindern. „Knapp oberhalb der Grundsicherung“ soll sie liegen. Alle weiteren Fragen versinken in schlampigen und schwammigen Formulierungen.

- Wird bei den Zugangsvoraussetzungen auf Bedürftigkeit geprüft, werden also andere Einkünfte angerechnet?
- Sind nun 40 Versicherungsjahre oder 40 Jahre Beitragszahlungen erforderlich?
- Muss man über 40 Jahre hinweg privat vorgesorgt haben?
- Und wie sollen Erziehungszeiten von Müttern bewertet werden, deren Kinder vor 1992 geboren worden sind?
- Über das Finanzvolumen und die Gegenfinanzierung von Leistungen aus dem Bundeshaushalt schweigt Schwarz-Gelb. So bleiben die entscheidenden Punkte offen, und der Streit geht weiter.

Deutschland steht vor großen Herausforderungen, aber beim Koalitionsausschuss standen sie nicht einmal auf der Tagesordnung. Von Merkel kein Wort dazu.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

- dass Altersarmut eine Folge von Erwerbsarmut ist.
- Kein Wort zum Mindestlohn.
- Keine Initiativen für mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt.
- Keine Initiative für die Absicherung der Tarifeinheit.
- Kein Wort über die Eurokrise und die Milliardenlücke bei der Griechenlandhilfe.
- Kein Wort darüber, dass im Euroraum die Arbeitslosigkeit eine Rekordhöhe erreicht hat. Kein Wort über den drohenden Konjunkturabschwung auch in Deutschland, den etwa die Autoindustrie schon handfest zu spüren bekommt.
- Nichts zu der von Arbeitgebern und Gewerkschaften geforderten Wiederbereitstellung des erleichterten Kurzarbeitergeldes, um Arbeitsplätze zu sichern.
- Kein Konzept für die Energiewende und gegen die steigenden Strompreise, die den Verbraucher und die Industrie belasten.
- Schwarz-Gelb ist vom eigenen Zank entnervt, ausgelaugt, ideenlos. Die Regierung Merkel ist am Ende - am Ende der Gemeinsamkeiten und am Ende mit ihrer Glaubwürdigkeit.

Bei der **Transparenz von Nebeneinkünften** ist Peer Steinbrück vorangegangen. Alle Honorare, die er für Reden erhalten hat, liegen offen. Nun geht es darum, dass der Deutsche Bundestag das, was von ihm gefordert wurde, zur Regel für alle Angeordneten macht. Gemeinsam mit den Grünen wollen wir die Grundsatzentscheidung: Veröffentlichung von Nebeneinkünften auf Euro und Cent. Außerdem legen wir mit den Grünen einen gemeinsamen Antrag zur Veröffentlichungspflicht von Nebentätigkeiten in den Fällen vor, in denen, wie bei Rechtsanwälten, ein Berufsgeheimnis zu wahren ist. Hier sollen die Branchen der Auftraggeber genannt werden, für die ein Abgeordneter tätig ist.

Über Nebentätigkeiten wurde viel geredet. Jetzt aber muss es zum Schwur kommen, wer es wirklich ernst meint mit Transparenz und Vertrauen in der Demokratie.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

II. Zur Woche

Für eine inklusive Gesellschaft: Rechte von Behinderten stärken

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) konkretisiert die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen. Um sie zu verwirklichen, muss das geltende Recht und seine Praxis überprüft werden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, den Nationalen Aktionsplan zur UN-BRK zu ergänzen. Menschen mit Behinderung sollen in diesen Prozess eingebunden werden. Ein „Disability Mainstreaming“ (Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen) für nationale und internationale Politiken, Gesetze und Abkommen ist vonnöten. Die Leistungen zur sozialen Teilhabe sind zu überprüfen. Menschen mit Behinderungen sollen am Arbeitsmarkt besser gefördert werden. Inklusive Bildung muss konsequent umgesetzt werden. Barrierefreiheit auf allen Ebenen ist zu schaffen: Verkehr, Bau, Tourismus, öffentliche Einrichtungen sowie Kommunikation. Und schließlich ist die Teilhabe am politischen und kulturellen Leben zu ermöglichen.

Menschen mit Behinderungen in Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigen

Etwa 80 Prozent der Menschen mit Behinderungen leben in Entwicklungsländern. Sie sind von vielen Lebens- und Arbeitsbereichen sowie medizinischen Dienstleistungen ausgeschlossen. In vielen Ländern werden ihre Menschenrechte verletzt. Die Bundesregierung hat ihre vor zwei Jahren angekündigte Strategie für inklusive Entwicklung bisher nicht vorgelegt. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die Belange von Menschen mit Behinderungen als Querschnittsaufgabe in der Entwicklungszusammenarbeit zu verankern. Konkrete Ziele, Maßnahmen und die finanzielle Ausstattung müssen in einer Strategie festgelegt werden. Neue Vorhaben sollen darauf geprüft werden, ob sie die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen verbessern. Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen muss zum Förderkriterium und Evaluierungsstandard werden. Und schließlich sollen die Belange von Menschen mit Behinderungen in die Millenniumsentwicklungsziele integriert werden.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten offenlegen

Wir wollen Transparenz bei den Nebentätigkeiten der Bundestagsabgeordneten.

In unserem gemeinsamen **Antrag** mit Bündnis 90/Die Grünen „Transparenz bei Nebeneinkünften herstellen durch Veröffentlichungspflicht auf Euro und Cent“ schlagen wir vor, dass die Nebentätigkeiten von Mitgliedern des Deutschen Bundestags zukünftig auf Euro und Cent genau veröffentlicht werden. Nachdem der Antrag im Ältestenrat nicht abgestimmt wurde, wollen wir ihn namentlich im Bundestag abstimmen lassen.

Unser gemeinsamer **Antrag** mit Bündnis 90/Die Grünen „Nebentätigkeiten transparent machen – Branchen kennzeichnen“ sieht vor, dass Berufsgeheimnisträgerinnen und Berufsgeheimnisträger ihre Nebentätigkeiten nach Branchen veröffentlichen müssen.

Verhaltenskodex für die Berufstätigkeit ehemaliger Regierungsmitglieder aufstellen

Bisher gibt es keinen Verhaltenskodex für ehemalige Bundesminister und Staatssekretäre. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Berufstätigkeit von ausgeschiedenen Mitgliedern der Bundesregierung sowie von Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Sekretären gesetzlich zu regeln. Innerhalb von 18 Monaten nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt dürfen sie nicht in Bereichen Lobby-Arbeit betreiben oder werben, für die sie vorher zuständig waren. Dies entspricht den Regelungen der EU für ehemalige Mitglieder der Europäischen Kommission.

Transatlantische Beziehungen stärken

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich strategisch neu ausgerichtet. Sie orientieren sich nun stärker auf die Krisenregion Mittlerer Osten, Zentralasien und den pazifischen Raum. Dies verändert die transatlantische Zusammenarbeit. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den europäischen Partnern die transatlantische Partnerschaft zu stärken. Im Bereich von Politik und Wirtschaft sind neue Impulse vonnöten. Bei der Sicherheit, Abrüstung



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

und Rüstungskontrolle muss es neue Initiativen geben. Die geplante NATO-Raketenabwehr soll in Kooperation mit Russland realisiert werden. Der Umgang mit den Umbrüchen in der arabischen Welt muss abgestimmt werden. Zudem ist die politische Zusammenarbeit auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen zu intensivieren. Auf europäischer Ebene soll die Einrichtung einer transatlantischen Freihandelszone geprüft werden.

Nuklearwaffen in Europa verringern

Im März 2010 hat eine breite Mehrheit des Deutschen Bundestages die Bundesregierung dazu aufgefordert, sich für den Abzug substrategischer Nuklearwaffen aus Deutschland einzusetzen. Doch die Bundesregierung hat dem neuen Strategischen Konzept der NATO zugestimmt. Dieses sieht keine Reduzierung von Nuklearwaffen vor. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass sich die Rolle von Nuklearwaffen in der NATO verringert. Substrategische Nuklearwaffen der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) müssen aus Deutschland und Europa abgezogen werden. Der Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozess zwischen den USA und Russland ist fortzusetzen. Modernisierte B61-Nuklearwaffen sollen nicht in Deutschland und Europa stationiert werden. Vorhandene B61-Nuklearwaffen dürfen nur mit einem politischen Beschluss der NATO modernisiert werden. Auch das deutsche Trägersystem für substrategische Nuklearwaffen soll nicht erneuert werden.

Zusammenarbeit mit Russland vertiefen

Die Beziehungen zu Russland stagnieren. Dabei ist das Land ein unverzichtbarer Partner für die Bewältigung globaler Probleme. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, den russischen Präsidenten Putin an seine demokratischen Reformziele zu erinnern und ihn bei ihrer Umsetzung zu unterstützen. Die Zusammenarbeit mit Russland soll auf allen Ebenen intensiviert werden. Dazu gehören deutsch-russische Regierungskonsultationen, der trilaterale Austausch zwischen Polen, Russland und Deutschland, die strategische Partnerschaft zwischen Russland und der EU sowie der Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Sozialpartnern. Neue Partnerschaften zwischen Bundesländern und



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Regionen, Kommunalpolitikern, Polizisten und Jugendlichen sind aufzubauen. Zudem ist die sicherheitspolitische Kooperation zwischen Russland und der NATO zu verstärken. Russland muss verstärkt in die Lösung internationaler Probleme und Konflikte eingebunden werden.

Menschenrechte in Zentralasien stärken

Die Menschenrechtslage in den zentralasiatischen Staaten ist besorgniserregend. Die Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit ist stark eingeschränkt und die Opposition wird unterdrückt. In unserem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen fordern wir die Bundesregierung auf, in der Zentralasien-Strategie der EU die Maßnahmen für den Schutz der Menschenrechte effizienter zu gestalten. Die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Gruppen soll gefördert werden. Die Medien- und Informationslandschaft muss ausgebaut werden und frei zugänglich sein. Reise- und Bewegungsfreiheit muss für alle Bürgerinnen und Bürger gelten. Die Kernarbeitsnormen der International Labour Organization (ILO) sind in allen Ländern Zentralasiens zu beachten. Die Rechte aller Religionsgemeinschaften sind zu wahren. Es muss gleiche, freie und geheime Wahlen geben. Menschenrechtsverletzungen müssen öffentlich verurteilt werden.

UN-Missionen im Sudan verlängern

Der Bundestag berät und entscheidet über die weitere deutsche Beteiligung an zwei UN-Missionen im Sudan.

Die Mission **UNMISS** wurde im Juli 2011 per Sicherheitsratsbeschluss eingerichtet. Sie hat zum Ziel, die Regierung des unabhängig gewordenen Südsudan bei der Sicherung von Frieden und einem sicheren Umfeld für den Staatsaufbau unterstützen. Deutschland hat sich an UNMISS von Anfang an beteiligt, zuletzt mit 16 Soldaten.

Die Mission **UNAMID** soll helfen, die Sicherheitslage in Darfur im Westen des Sudan zu stabilisieren. Die Lage ist nach wie vor kritisch. Trotz eines Friedensabkommens im vergangenen Jahr flammen immer wieder Kämpfe zwischen Regierung und Rebellengruppen auf. Die Mission soll weitere Friedensverhandlungen ermöglichen und die Bewegungsfreiheit von humanitären



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Helfern gewährleisten. Deutschland beteiligt sich bislang mit neun Soldaten an UNAMID. Sie sind im Hauptquartier eingesetzt.

Die Obergrenze für die beiden Missionen liegt bei maximal je 50 Soldaten. Beide Missionen haben bei den vorangegangenen Mandatsentscheidungen im Bundestag breite Unterstützung gefunden.

Lebensverhältnisse zwischen Ost und West weiter angleichen

Der „Aufbau Ost“ hat die ostdeutschen Länder voran gebracht. Um die Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen, bedarf es allerdings weiterer Investitionen. In unserem Entschließungsantrag fordern wir die Bundesregierung auf, den Solidarpakt II nicht anzutasten. Eine Anschlussförderung nach 2019 für strukturschwache Regionen ist notwendig. Die „Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur“ und die Bundesgesellschaft „Germany Trade&Invest“ sind finanziell zu sichern. Die Kapitalausstattung ostdeutscher Unternehmen soll gesteigert werden. Sowohl Innovationsprogramme als auch Investitionen in Wissenschaft und Forschung müssen verstetigt werden. Bei der Arbeitsmarktpolitik darf nicht weiter gekürzt werden. Auch die Verkehrsinfrastruktur und die kommunale Struktur müssen weiter ausgebaut werden. Schließlich ist ein einheitliches Rentenrecht vonnöten.

Sozialen Arbeitsmarkt schaffen

Langzeitarbeitslose können durch öffentlich geförderte Beschäftigung wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Alle bestehenden Programme sind jedoch zeitlich befristet oder von finanziellen Streichungen bedroht. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung daher auf, einen dauerhaften Sozialen Arbeitsmarkt zu schaffen. Er soll aus dem Eingliederungsbudget und durch die Mittel finanziert werden, die bei passiven Leistungen wie dem Arbeitslosengeld II und den Unterkunftskosten eingespart werden. Gefördert werden sollen Arbeitslose ab 25 Jahren, die seit mindestens zwei Jahren ohne Beschäftigung sind und Vermittlungshemmnisse haben. Die Förderung soll bis zu fünf Jahren dauern. Das Arbeitsmarktinstrument kann von allen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern genutzt werden.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Erforschung der Diktaturgeschichte deutscher Institutionen ermöglichen

Eine unabhängige Erforschung der Geschichte von Ministerien, Behörden und Gerichten sowie Institutionen der DDR ist zentral für unsere Demokratie. In unserem gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen von CDU/CSU und FDP fordern wir die Bundesregierung auf, die Rahmenbedingungen dieser Forschung zu verbessern. Sie soll besser durch Bundesministerien, -behörden, und -gerichte unterstützt werden. Zudem muss der aktuelle Forschungsstand und -bedarf ermittelt werden. Das Archivgut des Bundes ist der Wissenschaft besser zugänglich zu machen. Verfassungsorgane, Behörden und Gerichte des Bundes sowie Körperschaften, Anstalten und Stiftungen sollen nach 30 Jahren ihre Unterlagen abgeben. Auch die Akteneinsicht bei Bundesgerichten ist zu vereinfachen.

Sicherungsverwahrung neu regeln

Bei der Sicherungsverwahrung wird Straftätern und -täterinnen die Freiheit entzogen, um die Allgemeinheit vor ihnen zu schützen. Die bisherige Regelung unterscheidet jedoch nicht ausreichend zwischen Strafvollzug und Sicherungsverwahrung. Daher ist sie verfassungswidrig und muss bis Mai 2013 neu geregelt werden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung daher auf, Anlassstrafaten auf schwerste Gewalt- und Sexualdelikte zu begrenzen. Straftäter und Straftäterinnen sollen auch nach der Verurteilung eine Therapieunterbringung erhalten, wenn eine psychische Störung vorliegt und die Gefahr besteht, dass sie schwerste Gewalt- oder Straftaten begehen.

Doping im Sport bekämpfen

Die Nationale Anti Doping Agentur Deutschland (NADA) soll Doping im Sport verhindern. Sie ist jedoch personell und finanziell nur unzureichend ausgestattet.

In unserem **Antrag** „Neue Struktur der NADA schaffen“ fordern wir die Bundesregierung auf, eine unabhängige Expertenkommission einzusetzen. Sie soll eine neue Träger- und Finanzierungsstruktur erarbeiten.

In unserem **Antrag** „Doping an Olympiastützpunkten, Bundesleistungszentren und Bundesstützpunkten konsequent bekämpfen“ fordern



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

wir die Bundesregierung auf, den Bundestag umfassend über die Vorgänge am Olympiastützpunkt Thüringen zu informieren. Vor allem muss geklärt werden, ob Steuergelder zur Unterstützung von Doping eingesetzt wurden. Alle Olympiastützpunkte, Bundesleistungszentren und Bundesstützpunkte müssen auf Blutmanipulation überprüft werden. Sportlerinnen und Sportler, die für die Olympischen Spiele trainieren, müssen frei von jeglichem Dopingverdacht sein. Die NADA ist ausreichend zu finanzieren, um Doping effektiv zu bekämpfen und Prozesse gegen Dopingbetrüger führen zu können.

Sicherheit im Seeverkehr herstellen

Die Havarie des deutschen Containerschiffs MSC Flaminia im Nordatlantik hat gezeigt, dass die Sicherheitsstandards und das Unfallmanagement im Seeschiffsverkehr nicht ausreichen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, den Bundestag über die Analyse des Unfallhergangs zu informieren. Auf europäischer Ebene soll das EU-Notfallkonzept überprüft werden. Verunglückte Schiffe müssen den am besten geeigneten Nothafen so schnell wie möglich anlaufen können. Das gemeinschaftliche Überwachungs- und Informationssystem für den Schiffverkehr ist zu nutzen. Die Meldepflicht für falsch deklariertes Gefahrgut muss überprüft werden. Eine gemeinsame Kontrolle der Seefracht durch nationale Behörden ist zu erwägen.

Maritimes Bündnis weiter entwickeln

Das „Maritime Bündnis für Ausbildung und Beschäftigung“ soll den Schifffahrtsstandort Deutschland stärken. Es wurde auf Initiative der SPD zwischen Bund, Ländern und Sozialpartnern geschlossen. Da noch nicht alle Ziele erreicht sind, muss das Bündnis weiter entwickelt werden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die rechtlichen Voraussetzungen für die Erhebung des von der deutschen Reederschaft zugesagten Eigenbeitrags zu schaffen. Darüber hinaus ist ein Fondsmodell für die Schifffahrtförderung vonnöten. Das seemännische Know-how ist durch Ausbildungsplatzförderung und Zuschüsse zur Senkung der Lohnnebenkosten zu fördern. Mit den Sozialpartnern müssen neue Ziele verabredet werden, um den Anteil von Handelsschiffen unter deutscher Flagge zu erhöhen. Und



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

schließlich ist das internationale Seearbeitsübereinkommen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Seeleuten zu ratifizieren.